



Bundesamt für Justiz
Frau Cornelia Perler
Bundesrain 20
3003 Bern

Brugg, 27. November 2007

Zuständig: Tamar Hosennen
Dokument: 071127 VN allgemeine Volksinitiative.doc

06.458 Parlamentarische Initiative. Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Frau Perler
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 3. September 2007 laden Sie uns ein, zur oben genannten Vorlage Stellung zu nehmen. Für die uns gegebene Möglichkeit danken wir Ihnen bestens und sind gerne bereit, uns in dieser Angelegenheit vernehmen zu lassen.

Grundsätzliche Erwägungen

Als Vertreter von 60'000 Bauernfamilien und somit politische Stimme eines Teils der Schweizer Bevölkerung, ist der Verlauf der allgemeinen Volksinitiative dem SBV ein Anliegen.

Die Handlungsfähigkeiten des Volkes durch die Erweiterung des Direktdemokratiensystems zu steigern, begrüssen wir prinzipiell. Dies darf jedoch nicht auf Kosten der politischen Stabilität geschehen und sollte auch keine Verkomplizierung der direkten Demokratie mit sich ziehen. Genau diese zwei Elemente sind durch die Einführung der allgemeinen Volksinitiative nicht erfüllt. Hinzu kommt der sehr grosse finanzielle und organisatorische Aufwand, um eine rechtmässige Einführung zu erlangen, welcher trotzdem das Risiko eines willkürlichen Umgangs mit diesem Volksrecht nicht ausschliessen kann.

Stellungnahme zu den einzelnen Bestimmungen

Aus den verschiedenen vorgeannten Gründen spricht sich der SBV klar gegen die Einführung der allgemeinen Volksinitiative aus und erachtet das bewährte Instrument der Volksinitiative gemäss Bundesverfassung Art. 139 als ausreichend. Demzufolge gehen wir nicht auf die einzelnen Punkte der Parlamentarischen Initiative 06.458 ein.

Schlussbemerkungen

Aus Sicht der Landwirtschaft ist es nötig, auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative zu verzichten, um somit eine Verteuerung und Verkomplizierung unseres Direktdemokratiensystems zu verhindern. Um Impulse und Innovationen einzubringen, erachten wir die vorgeschlagenen Ände-

rungen laut dem Vorentwurf zur Volksinitiative (BV Art. 139 ff) im heutigen politischen System als genug direktdemokratisch und unterstützen somit die Parlamentarische Initiative 06.458.

Wir hoffen, dass Sie unsere Anliegen berücksichtigen werden und danken Ihnen nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Bauernverband

Hansjörg Walter
Präsident

Jacques Bourgeois
Direktor